



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 18. Juni 2018  
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalman-Bieri

### **B 124 A Jahresbericht 2017, Teil I Geschäftsbericht (B 124a), Teil II Jahresrechnung (B 124b) - Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Jahresberichtes 2017 / Finanzdepartement**

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionsvizepräsidentin Inge Lichtsteiner-Achermann.

Inge Lichtsteiner-Achermann: Am 4. Juni 2018 traf sich die PFK zur Beratung der Jahresrechnung 2017 B 124a und b sowie der Berichte der Anstalten Luzerner Kantonsspital Luzern, Sursee, Wolhusen (LUKS), Lustat Statistik Luzern (Lustat) und Luzerner Psychiatrie (Lups). Erstmals behandelte die PFK die Rechnung nur während eines Tages, in den Vorjahren war die Besprechung jeweils auf zwei Tage verteilt. Mit viel Disziplin seitens der Kommissionsmitglieder und viel Flexibilität seitens der Departemente mit ihren Vorstehern und Mitarbeitenden konnte das straffe Programm durchgezogen werden. Zu Beginn der Sitzung wurden die Jahresrechnungen und -berichte der Anstalten Lustat, LUKS und Lups zur Kenntnis genommen. Bei der Lups wurde bezüglich der Rückstellung der Pensionskassensanierung nachgefragt, diese wurde jedoch gemäss den Ausführungen von Direktor Peter Schwegler mit der Einholung einer externen Expertenmeinung bestätigt, und sie sei ebenfalls wegen des Vorsichtsprinzips gerechtfertigt. Beim LUKS war die gleiche Rückstellung ein Thema, vor allem in Bezug auf die Ablieferung an den Kanton. Der Direktor des LUKS bestätigte, dass das LUKS die vereinbarten Beträge abgeliefern werde und die Rückstellung keinen Einfluss darauf habe. Die PFK nimmt die Jahresberichte von LUKS, Lups und Lustat zur Kenntnis. Zum Eintreten auf die Botschaft B 124a und B 124b: Die Jahresberichte sind zweigeteilt, die Botschaft B 124a ist eine Zusammenfassung des Jahres 2017, und die Botschaft B 124b liefert das gesamte Zahlenmaterial. Diese beiden Berichte werden auch künftig der Kommission und den Mitgliedern des Kantonsrates „analog“ zugestellt, also in gedruckter Form. Alle Fraktionen haben Eintreten und Zustimmung zu den beiden Berichten beschlossen. Generell wurde gewürdigt und verdankt, dass das Personal der Verwaltung eine sehr gute Budgetdisziplin gelebt hat. Die einzelnen Fraktionen erwähnten, dass das bessere Ergebnis auf die budgetlose Zeit und die verschobenen, viel tiefer ausfallenden Investitionen zurückzuführen ist. Diese müssen jedoch in den kommenden Jahren nachgeholt werden und werden die kommenden Rechnungen entsprechend belasten. Weiter wurde festgehalten, dass die Steuereinnahmen bei den natürlichen und juristischen Personen nicht in der budgetierten Höhe erreicht wurden und beträchtliche Budgetabweichungen aufweisen. Festgehalten wurde auf der anderen Seite auch die konsequente Weiterverfolgung des Projekts OE17 – das noch nicht vollständig abgeschlossen ist –, um die aufgebaute, sehr gute Ausgabendisziplin weiterhin zu stärken. Nun komme ich zu den Hearings der Departemente, der Gerichte und der Staatskanzlei. Zum Gesundheits- und Sozialdepartement: Der Departementsvorsteher Guido Graf präsentierte die Jahresrechnung 2017 des Gesundheits- und Sozialdepartementes. Die

Gemeinwirtschaftlichen Leistungen (GWL) sind gemäss dem Departementsvorsteher im Benchmark mit anderen Kantonen deutlich tiefer. Zusätzliche Leistungen würden mehr finanzielle Mittel erfordern, wie zum Beispiel die Ausbildung der Assistenzärzte. Die Höhe der GWL soll jedoch so beibehalten und die Leistungen sollen nicht gekürzt werden. Angesprochen wurde die Wettbewerbssituation in Bezug auf die Patientenversorgung der privaten Spitäler gegenüber dem LUKS. Es ist bekannt, dass die Klinik Hirslanden bei den Behandlungen von Allgemeinversicherten nur zirka 50 Prozent aufweist, das LUKS hingegen massiv mehr. Trotzdem ist das LUKS gemäss Aussagen von Regierungsrat Guido Graf gut aufgestellt, es kann sich frei auf dem Markt bewegen und sich den künftigen, stark verändernden Herausforderungen stellen. Zum Kantonsgericht: Der Kantonsgerichtspräsident Marius Wiegand und der Vizepräsident Andreas Galli präsentierten den Abschluss 2017 der Gerichte. Thematisiert wurde die geplante Zusammenlegung der Register gemäss OE17, die nicht stattgefunden hat. Das Kantonsgericht bestätigte, dass eine Effizienzsteigerung und somit Einsparpotenzial durch die Weiterverfolgung des Projekts .LU im Zusammenhang mit einer Nutzung von gemeinsamen Daten besteht. Zum Mitbericht der Kommission Justiz- und Sicherheit (JSK) über die nicht korrekt ausgewiesenen Indikatoren bei den erstinstanzlichen Gerichten: Vorab hat das Kantonsgericht die Bemerkung mit einer schriftlichen Erklärung richtiggestellt. Ich verzichte darauf, diese zu wiederholen. Aufgrund der zugestellten Erklärung der Gerichte kommt die PFK zum Schluss, dass die Indikatoren stimmen und die Zahlen im Bericht richtig sind und daher die Bemerkung abzulehnen ist. Ein Antrag, dass in künftigen Berichten zur Rechnung die Indikatoren detailliert ausgewiesen werden, damit mehr Aussagekraft und Transparenz vorliegen, wurde von der Kommission mit 13 zu 3 Stimmen abgelehnt. Die Bemerkung der JSK lehnte die PKF einstimmig ab. Zur Staatskanzlei: Der Staatsschreiber Lukas Gresch präsentierte die Rechnung der Staatskanzlei. Aufgrund des budgetlosen Zustands wurden gewisse Projekte nicht umgesetzt, die Digitalisierung jedoch vorangetrieben. Zudem sorgen tiefere Portokosten und nicht besetzte Stellen in der Finanzkontrolle für das bessere Ergebnis. Das Thema der reduzierten Abschreibungen der Staatskanzlei aufgrund von tieferen Investitionen wurde damit begründet, dass Investitionsaufträge im Folgemonat und nicht im Folgejahr abgeschrieben werden. Zur Neubesetzung der Stelle des Datenschutzbeauftragten des Kantons Luzern ist die Stellenausschreibung aufgeschaltet worden. Die Stelle soll per 31. August 2018 besetzt werden. Falls bis dann die Vakanz noch besteht, kann als Alternative der jetzige Stelleninhaber beigezogen werden. Zum Bildungs- und Kulturdepartement: Der Departementsvorsteher Reto Wyss präsentierte die Jahresrechnung 2017 seines Departementes. Fragen gab es zur Zusammenführung der Museumskultur, die gemäss KP17 gefordert wurde. Der Prozess läuft, doch die Umsetzung erfordert mehr Zeit, deshalb können zum heutigen Zeitpunkt keine spruchreifen Aussagen gemacht werden. Bei der Finanzierung der Wirtschaftsfakultät wurde erwähnt, dass die Mittel von Beginn weg als eine Kombination von privaten und öffentlichen Mitteln für den Aufbau der Fakultät geplant waren. Der Betrieb der Fakultät ist selbsttragend. Zum Justiz- und Sicherheitsdepartement: Der Departementsvorsteher Paul Winiker präsentierte die Zahlen 2017. Die Budgetüberschreitung bei tieferem Personalbestand wurde diskutiert. Diese rührt daher, dass bei der Polizei Überzeiten bestehen. Um diese auf eine andere Art reduzieren zu können, müsste Personal entlassen werden. Auf Kündigungen wurde bewusst verzichtet im Hinblick auf eine mögliche spätere Aufstockung des Personals. Zur Frage der langfristigen Nutzung des Armee-Ausbildungszentrums Luzern (AAL) und der Verwendung der Miete für das Kompetenzzentrum für Kaderausbildungen des VBS werden die Finanzkommission (FIKO), das Justiz- und Sicherheitsdepartement sowie das Finanzdepartement zusammen Lösungen suchen. Zum Bau, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement: Der Departementsvorsteher Robert Küng und der Departementssekretär Thomas Buchmann orientierten über den Jahresabschluss 2017. Die Post und die Rolle des Kantons beziehungsweise der Regierung in Bezug auf Poststellenschliessungen wurden thematisiert. Die Regierung sieht sich in einer Vermittlerrolle, Ansprechstellen bleiben die Post und die

Gemeinden. In der Dienststelle Verkehr und Infrastruktur (vif) und auch im Strassenbau ist aufgrund von wesentlich weniger Projekten weniger Personal eingesetzt worden als budgetiert. Bei nicht budgetlosem Zustand wird gemäss Departementsvorsteher Robert Küng dieses Personal wieder benötigt. Zum Mitbericht der Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie (RUEK): Der unterlassene Kreditübertrag muss in den nächsten Jahren über das ordentliche Budget wieder kompensiert werden. Die PFK nimmt die Bemerkung der RUEK zur Kenntnis. Die Kreditüberschreitung wird ab 2018 etappenweise mit 0,8 Millionen Franken eingestellt und in den darauffolgenden Jahren mit 2,7 Millionen Franken mit dem Hinweis, dass die Schuldenbremse dadurch stärker in Anspruch genommen wird. Zum Finanzdepartement: Der Departementsvorsteher Marcel Schwerzmann verzichtete aufgrund von vielen vorgängigen Präsentationen auf eine erneute Präsentation der Zahlen. Das Finanzdepartement hat die Gemeinden motiviert, die Veranlagungen fristgerecht einzureichen. Trotz Motivation seitens des Finanzdepartementes ist der Veranlagungsstand der Steuern unter 90 Prozent gesunken, zum einen aufgrund der Gemeinden selbst und zum anderen wegen eines Engpasses beim Scanning. Ein weiteres Thema war die geplante Immobilienstrategie, die alle zehn Jahre erstellt werden soll. Der letzte Bericht stammt aus dem Jahr 2011. Wann genau der Bericht erscheint, ist noch offen. Beim automatischen Informationsaustausch sind die Daten qualitativ gut. Die Bearbeitung sei weniger aufwendig als geplant und überschaubar. Zur Botschaft B 124b: Die Motion M 138 von Josef Langenegger über die Bildung eines Energiefonds, welche teilweise als Postulat erheblich erklärt wurde, ist nicht abzuschreiben. Gemäss den Ausführungen von Regierungsrat Robert Küng sei zwar das Anliegen mit der Totalrevision des Energiegesetzes erledigt. Im Zusammenhang mit den fehlenden Kreditübertragungen entstand in der RUEK-Sitzung der Eindruck, dass Transparenz fehle. Die PFK empfiehlt Ihnen mit 8 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung, das teilweise erheblich erklärte Postulat nicht abzuschreiben. Das Postulat P 105 von Fabian Peter über eine Überprüfung der Anzahl, des Umfangs und der Gestaltung verschiedenster Berichte in der kantonalen Verwaltung und ausgelagerten Institutionen, bei denen der Kanton wesentlich beteiligt ist (P 105), sei nicht abzuschreiben. Die PFK beschloss mit 11 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung, dass das Postulat nicht abgeschrieben werden soll, da die Digitalisierung noch nicht abgeschlossen ist und es sich um einen weiterführenden Prozess handelt. Die PFK empfiehlt mit 10 zu 4 Stimmen, die als Postulat erheblich erklärte Motion M 193 von Marcel Zimmermann über einen Planungsbericht zur Organisationsentwicklung nicht abzuschreiben. Ich fasse zusammen: Die PFK genehmigt den Jahresbericht 2017 einstimmig. Die PFK beschliesst die Abschreibung von Motionen und Postulaten einstimmig, ausser der Motion M 138 von Josef Langenegger, dem Postulat P 105 von Fabian Peter sowie der Motion M 193 von Marcel Zimmermann. Die PFK genehmigt den Bericht über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie.

Für die CVP-Fraktion spricht Gianmarco Helfenstein.

Gianmarco Helfenstein: Jahresbericht, Geschichte oder eher wertvolle Zahlen für die Zukunft – die CVP tritt auf den Jahresbericht 2017 ein und stimmt ihm zu. Der Kanton Luzern schliesst besser ab als budgetiert. Ja, ein weiteres Mal hat die Verwaltung mit allen Mitarbeitenden eine sehr hohe Budgetdisziplin an den Tag gelegt. Die CVP anerkennt diese Leistung und spricht dem Personal den Dank aus. Zudem konnten wegen des fehlenden ordentlichen Budgets bis in den Herbst 2017 hinein nicht alle Ausgaben in geplanter Höhe getätigt werden. So wurden einige Budgetpositionen unterschritten. Der erneut verfehlte Steuerertrag führte bei der CVP zu vielen Fragen. Dazu hat die CVP verschiedene Vorstösse eingereicht, die einerseits Antworten auf die Begründung der Abweichungen der effektiven gegenüber den budgetierten Steuereinnahmen des Kantons fordern und andererseits für die Zukunft weitere Sparmassnahmen sowie Möglichkeiten einer Justierung der Steuerstrategie aufzeigen sollen. Mit der Vernehmlassung zur Steuergesetzrevision 2020 liegen nun die ersten Vorschläge der Regierung vor. Auch der noch zu behandelnde dringlich eingereichte Vorstoss der FDP-Fraktion zeigt, dass nun auch die Liberalen feststellen, dass auf den Ausgaben- und Einnahmenseiten Massnahmen zu ergreifen sind. Wir begrüssen die

Diskussion. Doch zurück zum Jahresbericht: Die Ausführungen von Daniel Steffen anlässlich der Sondersitzung der AKK/PFK mit der FIKO vom 4. Juni 2018 waren sehr informativ und aufschlussreich. Zu einzelnen Revisionsbemerkungen haben wir anlässlich der PFK-Sitzung von den entsprechenden Departementsleitern klärende Antworten auf unsere Fragen erhalten. Im Jahresbericht Teil II konnten wir im Vergleich zum Vorjahr von einem geringeren Aufwandüberschuss von 37,7 Millionen Franken Kenntnis nehmen. Das operative Ergebnis ist aus den erwähnten Gründen um 14,3 Millionen Franken tiefer ausgefallen als budgetiert. Die betrieblichen Erträge resultieren mit 1,6 Millionen Franken unter dem Voranschlag. Begründet wird die Verschlechterung vor allem mit Abweichungen im Aufgabenbereich Finanzen und Steuern. Unter den Erwartungen geblieben sind erneut die Steuererträge. Laut Jahresbericht lagen die effektiven Eingänge um 23,2 Millionen Franken tiefer als budgetiert. Die direkten Steuern natürlicher Personen lagen um 12,8 Millionen Franken tiefer, und die direkten Steuern juristischer Personen haben das Budget um 8,4 Prozent nicht erreicht. Es besteht also Handlungsbedarf, weil sich die Zahlen nicht wie erhofft entwickelt haben. Im Bereich Gesundheit schliesst die Rechnung wohl besser ab als budgetiert, jedoch mit höheren Gesundheitskosten im Vergleich zum Vorjahr. Wir müssen uns bewusst sein, dass das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit 2017 minus 140,2 Millionen Franken betrug. Mit anderen Worten: Ohne das sehr gute Finanzergebnis – und da sind vor allem die LUKB-Aktien matchentscheidend – wäre unsere Finanzlage noch viel prekärer. Die beschlossenen Massnahmen im Rahmen des Konsolidierungsprogrammes 2017 (KP17) und die angegangene Organisationsentwicklung 2017 (OE17) müssen weiterhin konsequent und zielgerichtet weitergeführt werden. Einen Zwischenbericht des Regierungsrates zum Thema finden wir im Jahresbericht Teil II auf Seite 318. Bei der Investitionsrechnung wurde das festgesetzte Budget von 91,5 Millionen Franken um 15 Millionen Franken unterschritten. Hier hat der budgetlose Zustand seine grösste Wirkung gezeigt. Die CVP-Fraktion sieht darin nicht nur Vorteile. So wurden einige Unternehmen vor den Kopf gestossen, als offerierte und zugesagte Aufträge nicht wie geplant ausgeführt werden konnten. Zudem sind verzögerte Ausgaben für Investitionen nicht gespart, sondern lediglich aufgeschoben. Zu den Mitberichten der ständigen Kommissionen zur Staatsrechnung 2017 beziehungsweise zum Kantonsratsbeschluss über die Abschreibung von Motionen und Postulaten: Den Hinweis der RUEK zur unterlassenen Kreditübertragung des Energieförderprogramms nehmen wir zur Kenntnis. Die CVP-Fraktion folgt den drei Anträgen der PFK, die Motionen M 138 und M 193 sowie das Postulat P 105 nicht abzuschreiben. Dem Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Berichtes über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie stimmt die CVP zu. Die Geschäftsberichte 2017 der ausgelagerten Betriebe LUKS, Lups und Lustat nimmt die CVP-Fraktion zur Kenntnis. Dies der Rückblick aus Sicht der CVP. Doch schauen wir in die Zukunft, die uns weiterhin grosse Herausforderungen im Gestalten des Finanzhaushaltes bringt. Die CVP ist für Eintreten und Genehmigung der Botschaft B 124a und B 124b.

Für die SVP-Fraktion spricht Marcel Zimmermann.

Marcel Zimmermann: Die Jahresrechnung 2017 steht. Die SVP bedankt sich bei der Regierung und der Verwaltung für die Erarbeitung des grossen Werkes. Aufgrund der besonderen Voraussetzungen – Referendum, Ablehnung Steuererhöhung, neue Erarbeitung Budget, 65 Millionen Franken weniger aus dem NFA – war das Jahr 2017 ein sehr schwieriges Jahr. Der Regierungsrat und der Kantonsrat mussten mit einer Art „Notbudget“ haushalten, und sie haben dies unserer Meinung nach sehr gut gemacht. Endlich konnte das Ausgabenwachstum, welches die SVP immer bemängelte, abgeflacht werden. Das Budget wird sowohl auf der Aufwand- wie auch auf der Ertragsseite leicht unterschritten. Auf jeden Fall ist es gar nicht so schlimm herausgekommen, wie die Hochrechnung II dies vorausgesagt hat. Der Fiskalertrag liegt unter den Erwartungen, was eine leichte Enttäuschung darstellt. Es muss aber darauf hingewiesen werden, dass das ständige Hin und Her bezüglich Steuergesetzrevision, Steuererhöhung usw. nicht gerade vertrauensbildend ist für ansiedlungswillige Unternehmen und Privatpersonen. Da wünschen wir uns in den bürgerlichen Reihen mehr Rückhalt und eine klare Sprache, dass wir am eingeschlagenen Kurs festhalten wollen. Auch das Volk hat uns diesbezüglich immer den

Rücken gestärkt. Die SVP wird sich wie bisher an den gewohnten Kurs halten und sich gegen weitere Justierungen beim Steuergesetz wehren, mit Ausnahme allfälliger notwendiger Anpassungen aufgrund der Steuervorlage 17. Zur Jahresrechnung: Trotz Fehlbetrag in der Erfolgsrechnung nimmt das Eigenkapital dank der Wertsteigerungen, unter anderem der LUKB-Aktien, zu. Die Anfrage A 552 von Armin Hartmann zeigt, dass diese Wertveränderungen im Finanzvermögen jeweils nicht in der Erfolgsrechnung abgebildet werden. Es stellt sich die Frage, ob dies über die Jahre gesehen richtig ist. Die Wertsteigerungen der Aktien im Verwaltungsvermögen werden gar nicht berücksichtigt, weder in der Bilanz noch in der Erfolgsrechnung. Zu den Investitionen: Aufgrund des langen budgetlosen Zustands konnten nur wenige Investitionen getätigt werden. Dadurch wird die Geldflussrechnung im Jahr 2018 belastet werden. Zum LUKS und zur Lups: Es befremdet, wenn die ausgelagerten Einheiten sich nicht an die Vorgaben und die Empfehlungen der FIKO halten und Rückstellungen bilden für zukünftige Aufwände. Uns wurde versichert, dass für den Kanton die buchhalterischen Vorgänge aber keinen Einfluss haben sollen. Der Bericht zu den OE-Massnahmen fällt unseres Erachtens enttäuschend aus, und wir beantragen deshalb, dass das erheblich erklärte Postulat noch nicht abgeschrieben werden soll. Hier hätten wir von der Regierung mehr erwartet sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht. Ein paar Zahlen würden hier helfen, etwa wie viele Millionen Franken tatsächlich eingespart werden können. Zum Ausblick: Wie bereits gesagt, streben wir eine Verbesserung der zukünftigen Budgets ohne Mehreinnahmen an, was der Umsetzung des Finanzleitbildes entspricht. Offenbar ist es so, dass in der Verwaltung die Ausgabenschleusen schon wieder geöffnet werden. Hier erwarten wir von der Regierung, dass sie die Zügel nicht aus der Hand gibt und das Ausgabenwachstum weiter abflachen kann. Wir sind mit der Jahresrechnung 2017 einverstanden, treten darauf ein und stimmen der Vorlage zu. Die Jahresberichte von LUKS, Lups und Lustat nehmen wir zur Kenntnis.

Für die FDP-Fraktion spricht Damian Hunkeler.

Damian Hunkeler: In gewohnter Manier haben meine zwei Vorredner die Zahlen aus dem Jahresbericht 2017 ausführlich analysiert, und die FDP kann diese Aussagen grösstenteils teilen, auch wenn Gianmarco Helfensteins Interpretation unseres Postulats nicht im Sinn des Erfinders ist. Aber somit kann ich mich wie gewohnt etwas kürzer fassen und nur noch auf die wichtigsten Erkenntnisse eingehen, zumal ja die Rechnung das Budget auf der ganzen Linie unterschreitet. Wieso dem so ist, haben wir schon gehört. Neben dem budgetlosen Zustand hat aber sicher auch grosse Disziplin in der Verwaltung dazu beigetragen, dass es keine negativen Ausreisser gab, weshalb allen Mitarbeitenden unser Dank gebührt. In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, dass wir froh sind, dass wir der Hochrechnung II die ihr gebührende Beachtung – und nicht mehr – gewährt haben. Was wirklich Beachtung verdient, ist der Rückgang bei den Einnahmen. Wir werden von meinen Nachrednern der linken Seite nachher ziemlich sicher hören, dass besonders der Einbruch bei den Unternehmenssteuern schlimm sei, nachdem die Wirtschaft ja boome. Solche Aussagen basieren leider auf einer Falschinterpretation unseres Steuersystems, denn die Steuereinnahmen aus dem Jahr 2017 basieren auf den Geschäftszahlen aus den Jahren 2015 und 2016, und somit ist es jetzt amtlich belegt, dass die Unternehmen im Kanton in diesen Jahren untendurch gehen mussten. Auch ein höherer Steuersatz würde in diesem Zusammenhang bekanntlich nichts bringen, denn die Differenz zwischen Budget und effektiven Einnahmen wäre eher sogar noch grösser, als sie jetzt ist. Das Problem der zu hohen Budgetierung der Einnahmen trifft uns aber bestimmt in diesem Jahr, denn das Einnahmenbudget 2018 wurde auf den zu hoch budgetierten Einnahmen 2017 prozentual aufgerechnet, womit die Differenz zwischen Budget und effektiven Einnahmen eher noch grösser sein dürfte. Da die Ausgaben 2018 nicht durch einen budgetlosen Zustand gebremst werden, ist selbst bei Betrachtung durch eine rosarote Brille mit einem grossen Minus per Ende 2018 zu rechnen. Wir haben unser dringliches Postulat zur Kreditsperre darum eingereicht, damit wir frühzeitig reagieren können und nicht schon mit dem Abschluss 2018 in die Schuldenvollbremse fallen – vorausschauend handeln eben. Aber darüber werden wir ja später noch debattieren. Die FDP-Fraktion tritt auf die Botschaft B 124 ein und wird den

Jahresbericht 2017 in allen Teilen genehmigen.

Für die SP-Fraktion spricht Michael Ledergerber.

Michael Ledergerber: Der Kanton Luzern schliesst besser ab als budgetiert. Die Erfolgsrechnung des Kantons Luzern weist für das Jahr 2017 einen Aufwandüberschuss von 37,7 Millionen Franken auf, also 14,3 Millionen Franken besser als geplant. Das tönt doch gut, und wir könnten einfach einmal zufrieden sein, könnte man meinen. Mitnichten, denn der positive Schein trägt gewaltig, der Finanz-Turnaround ist bei Weitem noch nicht in Sicht. Das wissen wir alle hier im Saal. Mit der dringlichen Erheblicherklärung des Postulats P 569 der FDP bestätigen die bürgerlichen Parteien den desolaten Zustand. Es scheint, dass man jeden noch so kleinen Strohalm anzunehmen versucht, um die Steuerstrategie weiterhin am Leben zu erhalten. Diese operative Hektik widerspiegelt die planlose, wenig nachhaltige Finanzpolitik des Kantons auf eindrückliche Weise. Steuererträge werden zu ambitioniert budgetiert und erreichen seit Jahren nie mehr den budgetierten Wert. Wenn der Regierungsrat und die bürgerlichen Parteien weiterhin eine solche Hüst-und-hott-Finanzpolitik vorantreiben, wird sich in den nächsten Jahren alles noch verschlimmbessern. Ein Lichtblick ist, dass – so scheint es – nun endlich auch die FDP einsieht, dass die Steuerstrategie doch nicht zu den versprochenen Mehreinnahmen führt. Wie gesagt, der „positive“ Abschluss der Jahresrechnung 2017 ist nur auf den ersten Blick erfreulich. Die Zahlen und die Gründe für den besseren Abschluss als budgetiert zeigen ein anderes Bild. Der Steuerertrag ist zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte des Kantons Luzern unter dem des Vorjahres, das sind 2 Millionen Franken weniger Steuereinnahmen als 2016 – dies vor dem Hintergrund einer wachsenden Bevölkerung – und gut 13 Millionen Franken weniger bei den natürlichen Personen sowie gut 11 Millionen Franken bei den juristischen Personen. Gerade die Zahlen der juristischen Personen lassen aufhorchen. Denn genau mit den zu erwartenden Mehreinnahmen begründet man seit Jahren die Steuerstrategie, also die tiefen Unternehmenssteuern und alle die weiteren Vorteile für juristische Personen, welche der Rat verabschiedet hat. Ich denke, wir sind uns alle darin einig, dass der budgetlose Zustand die Jahresrechnung 2017 sozusagen gerettet hat. Absurd wäre die Tatsache, wenn wir uns darüber freuen würden. Ein budgetloser Zustand als Heilbringer für die Kantonsfinanzen – das geht gar nicht. In der Jahresrechnung lesen wir fast bei jedem Aufgabenbereich, dass Investitionen nicht getätigt werden konnten und Projekte zurückgestellt werden mussten und dass Personal nicht wieder ersetzt werden konnte und abgebaut wurde. Der budgetlose Zustand und die damit nicht getätigten Ausgaben werden uns einholen. Tatsache ist, dass die 2017 nicht getätigten Ausgaben im Jahr 2018 wieder zu Buche schlagen, teilweise sogar doppelt. Einmal mehr kann aus dem Jahresbericht gelesen werden, wie stark die Arbeitnehmenden des Kantons Luzern gefordert sind und wie stark die Sparmassnahmen die Verwaltung treffen – Stellen, die nicht mehr besetzt werden, und auffallend viele Vakanzen, da man keine qualifizierten Arbeitskräfte findet. Allein bei den Lehrerinnen und Lehrern wurden mehr als 13 Vollzeitstellen abgebaut, obwohl die Schülerzahlen steigen. Das macht Sorge. Die Attraktivität des Kantons Luzern als Arbeitgeber schwindet. Schonungslos sehen wir auf den gut 360 Seiten, was uns in den nächsten Jahren noch erwartet. Die Zahlen sprechen für sich und werden auch nicht besser, nur weil wir besser als budgetiert abgeschlossen haben. Die Jahresberichte von Lustat, LUKS und Lups nehmen wir zur Kenntnis. Es stellt sich für uns jedoch die Frage, ob bei staatsnahen Betrieben ausschliesslich die Finanzkontrolle des Kantons Luzern die jeweiligen Jahresrechnungen revidieren sollte. Hier braucht es für die Zukunft Klarheit. Wir sind überzeugt, dass die Finanzkontrolle des Kantons Luzern sehr wohl in der Lage ist, diese Aufgabe kompetent zu erfüllen. Die SP ist für Eintreten und stimmt der Botschaft B 124a und B 124b zu.

Für die Grüne Fraktion spricht Urban Frye.

Urban Frye: Post festum über bereits bewilligte und getätigte Ausgaben noch einmal zu diskutieren, ist müssig. Die Jahresrechnung wurde von der Finanzkontrolle geprüft, und ihre Bemerkungen wurden im Tätigkeitsbericht festgehalten. Zu diskutieren aber bleibt die Einnahmenseite. Dass die Jahresrechnung nur dank des budgetlosen Zustands besser

abschneidet als prognostiziert, ist nicht mehr als die Schlusspointe in dieser Provinzkomödie, veranstaltet von jenen bürgerlichen Kräften, die am liebsten einen Nachtwächterstaat hätten, der nur noch gerade für Ruhe und Ordnung sorgt und das Privateigentum schützt. Beim Rest soll die Bevölkerung selbst schauen, wo sie bleibt. Wir sind inzwischen nicht einmal mehr in der Lage, die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben zu erfüllen, wie etwa beim Datenschutz, bei der Polizeiarbeit oder bei den Strafuntersuchungen. Aus Frust verlassen betroffenen Fachkräfte den Kanton. Leistungen werden weiter abgebaut, wie etwa bei der Bildung, oder Investitionen nicht getätigt – und jetzt schlägt die FDP noch Sparen auf Vorrat vor. Das deutsche Leitmedium „Die Zeit“ widmet in der Ausgabe dieser Woche eine ganze Seite der Finanz- und Verkehrspolitik des Kantons Luzern. Der Titel lautet: „Fertig gebastelt“. Schön wäre es. Was ist jetzt mit dieser erfolgreichen Steuerstrategie, die dem Kanton dank niedrigster Steuersätze ein unermessliches Wirtschaftswachstum hätte ermöglichen, ihn ins materielle Schlaraffenland hätte katapultieren und einen Wohlstand hätte generieren sollen, wie er noch nie dagewesen ist? Im vergangenen Jahr sind die Resultate noch schlechter als in den vorhergehenden. Nun schwächeln nicht nur die Steuereinnahmen von juristischen, sondern auch von natürlichen Personen. Trotz Wachstum gibt es weniger Steuereinnahmen. Wir haben ein Wachstum in der Gesamtbevölkerung und bei den Arbeitsplätzen. Die Steuereinnahmen gehen aber zurück. Was machen wir falsch? Es ist einiges, wenn wir jene Kantone und jene Gemeinden anschauen, denen es gut geht. Es sind unter anderem die Stadtkantone Basel und Genf und die meisten Städte, allen voran Zürich und in unserem Kanton die Stadt Luzern, die als Wirtschaftsmotor wirken. Die meisten dieser Städte waren bis vor wenigen Jahren in einer misslichen finanziellen Lage. Was haben sie gemacht? Sie haben genau das Gegenteil von dem gemacht, was unsere Regierung und die bürgerliche Mehrheit als Heil bringend predigt. Sie haben in die Lebensqualität investiert. Sie haben die Steuern moderat erhöht, in die intellektuelle Infrastruktur, also in Bildung und Kultur investiert, den Autoverkehr in den Innenstädten reduziert und so neue Freiräume geschaffen. Was ist passiert? Die Städte boomen. Gut ausgebildete, gut verdienende Menschen wollen wieder in den Städten leben, sie bezahlen höhere Steuern und erwarten dafür Lebensqualität. Die Firmen ziehen ebenfalls lieber in die Stadt. Google schafft 5000 neue Arbeitsplätze in Zürich, nicht im Kanton Luzern, verehrte Wirtschaftsförderer. Auch der Stadt Luzern geht es gut. Sie schreibt seit einigen Jahren jeweils ein positives Ergebnis von mehreren Millionen Franken. Die Städte haben fast ausschliesslich eine rot-grüne Regierungsmehrheit. Sie verfolgen eine Politik, die doch eigentlich die nach ihrer Selbstdeklaration wirtschaftsnahen Parteien vertreten müssten. Die Städte setzen auf qualitatives Wachstum. Gemeinden, die einfach auf ein quantitatives Wachstum setzten, bezahlen nun die Zeche. Vor zwei Jahren hat Emmen seinen 30 000. Einwohner gefeiert, und heute steht die Gemeinde vor einem finanziellen Desaster. Die Bevölkerung in den Agglomerationsgemeinden aber spürt langsam, dass diese Art der Wachstumsstrategie in der finanzpolitischen Sackgasse mündet. Sie beginnen urban zu wählen. Und der Kanton? Die Regierung ist langsam auf den Weg zur Einsicht gelangt. Sie befürwortet minime Steuererhöhungen. Schon heulen die Gewerbewölfe wieder laut auf, Luzern falle beim Standortwettbewerb zurück. Mit Verlaub, Luzern ist längst zurückgefallen. Ohne den Motor Stadt Luzern, wären wir schon längst auf den letzten Plätzen. Die Wirtschaft findet mehrheitlich nicht rund um den Napf und in Schlierbach statt. Der Kanton versucht, dem Wirtschaftsmotor Stadt eine Verkehrspolitik aufzuoktroyieren, welche genau jene Lebensqualität wieder zunichtemacht, wegen der die Stadt wirtschaftlich gut dasteht. Wenn der Kanton ökonomisch und gesellschaftlich nachhaltig prosperieren will, muss er das machen, was die Städte machen: investieren, statt in der Spareuphorie noch den letzten Ast absägen, auf dem er gerade noch sitzen kann. Wenn ich die Mehrheitsentscheide betrachte, die dieser Rat in den letzten Monaten gefällt hat, bekomme ich den Eindruck, dass die Mehrheit einen neoliberalen Nachtwächterstaat einem Staat vorzieht, der sich auch um jene kümmert, die sich nicht aus eigener Kraft über Wasser halten können. Dies soll einmal mehr in aller Deutlichkeit gesagt sein. Die Grüne Fraktion ist für Eintreten und wird dem Jahresbericht zustimmen.

Für die GLP-Fraktion spricht Urs Brücker.

Urs Brücker: Die GLP ist erfreut, dass die Erfolgsrechnung besser als budgetiert abschnitt. Die Freude über das Resultat wird jedoch vom Umstand getrübt, dass sich die Steuererträge unter den Erwartungen entwickelten und das Ergebnis zu einem grossen Teil bedingt durch den budgetlosen Zustand zustande kam. Bedenklich für die GLP sind die massiv reduzierten Investitionsausgaben; 2017 wurde noch etwas mehr als die Hälfte wie im Vorjahr investiert. Dies dürfte uns schnell einholen. Beim fehlenden Steuerertrag ist es müssig, lange über die Gründe zu lamentieren. Es liegt in der Natur der Sache, dass Steuern auch in Abhängigkeit von der Wirtschaftsstruktur, der Konjunktur und dem wirtschaftlichen Verhalten der Steuerpflichtigen schwanken. Allerdings ist die Abweichung bei den juristischen Personen mit fast 10 Prozent schon ziemlich weit von einer Punktlandung entfernt. Insbesondere angesichts der tiefen Nettoverschuldung und des hohen Eigenkapitals des Kantons sollten solche Schwankungen relativ gelassen betrachtet werden können. Leider haben wir uns aber mit der unnötig restriktiven Ausgestaltung der Schuldenbremse in ein enges Korsett gesteckt, dies wird uns weiter in die Sackgasse manövrieren. Wenn man den finanziellen Schuldenberg von rund 280 Millionen Franken mit den ökologischen Schuldenbergen (Klimaerwärmung, nachhaltiger und irreversibler Verbrauch natürlicher Ressourcen) vergleicht, wirkt dieser marginal. Die GLP unterstützt weitere Sparmassnahmen in einigen Bereichen. Diese können im Rahmen von Optimierungen in der Leistungserbringung und durch eine Priorisierung der Aufgaben und Leistungen des Kantons erbracht werden. Aus unserer Sicht sind aber auch moderate Mehreinnahmen notwendig, um insbesondere die steigenden Kosten in den Bereichen Gesundheit, Alter und Bildung zu decken. Im Vergleich zum budgetierten Betrag wurden bei der Verwaltung mit Effizienzsteigerungen und konsequenter Kostenkontrolle nochmals zusätzlich rund 13,6 Millionen Franken eingespart – damit ist diese Zitrone ausgepresst. Dem Staatspersonal gebührt an dieser Stelle ein grosser Dank für die guten Leistungen. Der Blick in die finanzielle Zukunft des Kantons ist nicht rosig. Das mengengetriebene Wachstum der Leistungen und Kosten hält an. Der Kanton will es mit der Steuergesetzrevision 2020 und der Aufgaben- und Finanzreform 2018 (AFR18) richten. Ob das funktioniert, ist allerdings mehr als fraglich. Mehreinnahmen auf der Fiskalseite werden es in unserem Rat schwer haben und wenn, dann stehen bekanntlich ja bereits Referendumsdrohungen im Raum. Ob die AFR18 nun 20 oder 5 Millionen Franken Entlastung bringt, ist nicht so entscheidend. Viel eher glaube und hoffe ich nicht, dass diese Reform, welche unter den Gemeinden Verwerfungen von plus/minus 900 Franken pro Kopf und Jahr bringt, mehrheitsfähig ist. Die GLP ist für Eintreten und stimmt der Vorlage zu.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Wie finanziert der Kanton seine Leistungen? Laut Erfolgsrechnung liegt das betriebliche Ergebnis immer noch bei minus 140 Millionen Franken. Davon korrigieren wir rund 100 Millionen Franken über das Finanzergebnis, was gestattet ist. Es ist auch im Privatleben gestattet, aus Vermögenserträgen zu leben. Daraus ergibt sich wie ausgewiesen das operative Ergebnis von minus 38 Millionen Franken. Diese Vorgehensweise kann man anwenden; ich weise aber erneut darauf hin, dass man nicht immer mit dem Finanzergebnis rechnen kann. Daher arbeiten wir daran, uns langsam vom Finanzergebnis zu befreien, um selber stärker zu werden und das betriebliche Ergebnis in Ordnung halten zu können. Das ist sehr wichtig, denn dann haben wir eine Abhängigkeit weniger. Die Nettoschuld ist sehr tief. Das Hauptkriterium für die Nettoschuld ist der Aktienkurs der Luzerner Kantonalbank (LUKB). Das ist äusserst erfreulich, es handelt sich aber um nicht realisierte Gewinne. Diese Zahl kann sich nach unten bewegen, hat aber im Moment keinen Einfluss auf die Schuldenbremse. Wenn der Kurs aber zu stark sinkt, was nicht absehbar ist, kann es Auswirkungen auf die Schuldenbremse haben. Das sollten wir nicht vergessen. Ich fahre weiter mit der Steuerstrategie: Es wurde gesagt, dass sich die bürgerliche Seite an jeden Strohalm klammere, um die Steuerstrategie schönzureden. Ich empfinde das Gegenteil. Wir sind auf der vorsichtigen Seite, das heisst aber noch lange nicht, dass die Steuerstrategie gescheitert ist. Die Kantone Genf und Basel-Stadt sind als

Vorzeigekantone genannt worden, müssen nun aber mit der SV17 die Gewinnsteuer plötzlich auf 13 Prozent halbieren. Dies tun sie, weil sie bemerkt haben, dass es keinen anderen Weg gibt. Luzern mit den Kantonen Genf und Basel zu vergleichen, ist etwas schwierig; so ist beispielsweise in Basel die gewichtige Pharmabranche angesiedelt. Die Voraussetzungen dieser Kantone sind also ganz anders. Mich stört es auch, in „Der Zeit“ über Luzern zu lesen. Wir sollten aber nicht immer alles schlechtreden, denn damit kommen wir nicht weiter, im Gegenteil. Wir haben im Rahmen der Steuergesetzrevision 2020 nochmals die Gelegenheit, über Steuern zu diskutieren. Dann sollten wir zu unserem Kanton stehen und ihn nicht noch absichtlich schlechtreden. In der PFK haben wir lange über die Beteiligungsstrategie diskutiert. Bei dieser Gelegenheit hat die PFK die ausgelagerten Einheiten angehört und mit ihnen diskutiert. Dieses Thema verfolgen wir seit sechs bis acht Jahren sehr intensiv. Der Kanton Luzern ist diesbezüglich sehr gut aufgestellt und hat das Thema frühzeitig aufgegriffen. Wir haben Beteiligungsstrategien und Eignerstrategien und führen unsere ausgelagerten Einheiten. Sowohl Ihr als auch unser Rat tauscht sich mit den ausgelagerten Einheiten aus, was sehr wichtig ist. Zu den einzelnen Anträgen nehme ich anlässlich der Detailberatung Stellung.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Jahresberichtes 2017, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 107 zu 0 Stimmen zu.